

"Die vierzehn Punkte des Föderalismus" in Fédération (Juli 1948)

Legende: Im Juli 1948 beschreibt die französische Zeitschrift Fédération in vierzehn Punkten die Zielsetzungen des europäischen Föderalismus und definiert die zu seiner Realisierung notwendigen Mittel.

Quelle: Fédération. Revue de l'ordre vivant. dir. de publ. Richard, Max. Juillet 1948, n° 42. Paris: Imprimerie de la Seine. "Les quatorze points du fédéralisme", p. 6 et 7.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_vierzehn_punkte_des_federalismus_in_federation_juli_1948-de-8e513543-f26a-4e62-bfc4-488456bd4398.html



Publication date: 06/07/2016

Die vierzehn Punkte des Föderalismus

Unser Föderalismus ist keine Notlösung, sondern eine Doktrin und ein Grundsatz. Wir haben weder die Notwendigkeit gesehen, den Staat aufgrund der Bedrohung durch den Kommunismus neu zu definieren, noch die Pflicht, Europa als Antwort auf den „Coup“ von Prag oder gegen den aus dem Osten oder Westen kommenden Druck zu gründen. Noch weniger denken wir daran zuzulassen, dass der föderalistische Gedanke von einem Neoliberalismus, der einem gewissen internationalen Kapitalismus dienlicher ist als der echten Kooperation zwischen den Völkern, absorbiert wird. Unser Föderalismus ist kein aus Panik entstandener Reflex, auch stecken keine heimlichen Interessen dahinter ihm. Er ist ganz im Gegenteil eine durchdachte Idee.

1. – Unter allen Umständen und auf allen Ebenen wollen wir zunächst gegen einen Individualismus angehen, der die Gesellschaft nur als Masse von Individuen akzeptiert. Auch sind wir gegen einen Kollektivismus, der durch das Aufsaugen der Individuen in der Gesellschaft zum gleichen Ergebnis führt. Für uns ist der Mensch nicht nur ein Individuum, sondern auch Teil von Gruppen, denen er angehört und von denen der Staat zurzeit die größte ist. Wir behaupten oder – genauer gesagt – wir stellen fest, dass es verschiedene Formen des sozialen Lebens gibt: so im privaten, wirtschaftlichen oder politischen Bereich, wo die geistigen und physischen Handlungen des Menschen zuallererst dazu dienen – und ausschließlich da –, zu deren völliger Entfaltung beizutragen. Auf privater Ebene können hier die Familie, die Schule, die Kirchen, die kulturellen Einrichtungen genannt werden. Auf wirtschaftlicher Ebene sind es beispielsweise die Werkstatt, das Unternehmen, der Beruf. Auf der politischen Ebene die Gemeinde, die Region, die Nation.

2. – Die vorausgegangene Aufzählung macht deutlich, dass diese Formen des sozialen Lebens auf natürliche Weise hierarchisch strukturiert sind. Wir sagen, dass diese Hierarchie natürlich ist, weil sie von der elementaren Gruppe ausgeht, die dem Menschen am genauesten entspricht; und dieser elementaren Gruppe werden andere übergeordnet, deren Bildung im Interesse der untergeordneten Gruppe selbst durch die wachsende Komplexität im individuellen und kollektiven Leben verursacht wurde. So haben sich auf wirtschaftlicher Ebene übereinander gelagert: die Hauswirtschaft, die Gemeindegewirtschaft, die regionale Wirtschaft und die Volkswirtschaft, um schließlich zur internationalen Wirtschaft zu führen, über deren Organisation zur Zeit debattiert wird.

3. – Damit diese natürliche Hierarchie lebendig und effizient wird, muss sie gesetzlich festgelegt werden, d. h. die oben aufgeführten Gruppen müssen anerkannt und ihnen muss ein Status verliehen werden, der ihre Handlungen und Freiheiten schützt. Dieser Status muss notwendigerweise je nach Art der Gruppe variieren, egal, ob es um die interne Verwaltung der Gruppe geht oder um die Repräsentation, die sie mit der Verwaltung der übergeordneten Gruppen verbindet. Das hängt von der jeweiligen Art und dem Ausmaß ihrer Kompetenz ab.

4. – Es ist eigentlich unnötig zu bemerken, dass – entgegen einer sehr geläufigen Kritik, die nur der Dummheit, Unwissenheit oder Böswilligkeit entspringen kann – eine solche Idee sich radikal von allen bekannten und begreiflichen Formen des Faschismus und des Totalitarismus unterscheidet. Erstens, da diese Idee danach strebt, die Freiheiten der sozialen Gruppen vor einem unterdrückenden Staat zu schützen. Zweitens garantiert sie genauso die individuellen Freiheiten, indem sie die effektive Teilnahme eines jeden Mitglieds der Gruppe an deren Gestaltung organisiert. Drittens ist diese Idee vor allem pluralistisch ausgerichtet und nicht zentralistisch.

5. – Unter diesem Aspekt scheint uns der Föderalismus die einzige annehmbare Lösung für einige der heute vorherrschenden grundlegenden Probleme anzubieten. Er ist erstens ein wirksames Instrument zur Entlastung des modernen Staates, dessen administrative und wirtschaftliche Rolle darin bestehen muss, die untergeordneten Gruppen zu motivieren und zu kontrollieren und so sich wenig wie möglich mit der Selbstverwaltung zu befassen. Zweitens ist er ein Instrument zur Entproletarisierung des Arbeiters, indem letzterer an der Verwaltung des Unternehmens und der Berufsgruppe mitwirkt.

6. – Der Darlegung unseres Standpunktes bezüglich des europäischen Föderalismus muss notwendigerweise

eine erneute Aufzählung dieser Prinzipien vorausgehen. Der Föderalismus kann nur die Extrapolation dieser Prinzipien sein, wenn er nicht in die falsche Richtung laufen und falsche Verfahren anwenden soll – diese Gefahr sehen wir bereits! Der größte Fehler besteht im Aufbau eines internationalen Pseudoföderalismus, in dem der nationale Föderalismus abgelehnt wird und so auf hohlem Untergrund gebaut wird.

7. – In unserem Föderalismus erweitert die internationale Organisation auf natürliche Weise die nationale Ebene. Das grundlegende Problem der perfekten Gesellschaft besteht nämlich in der optimalen Größe. Diese optimale Größe hat sich im Laufe der Geschichte verändert: Sie bestand in der antiken Stadt, anschließend in der Gemeinde, dann in der Provinz und zu guter Letzt in der Nation. Ganz offensichtlich müssen wir heute über dieses Stadium hinaus gehen.

8. – Die optimale Größe ist eine mittlere Größe: Sind ein Staat oder ein Gruppe zu klein, haben sie nicht die notwendigen Mittel, um für die Freiheit, das Handeln und manchmal noch nicht einmal für das Leben ihrer Staatsbürger garantieren zu können. Zu große Staaten beherbergen sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, was zwangsweise zu einer Zerstückelung führt; ein Schicksal, das früher oder später allen großen Imperien widerfahren ist. Ein echter und dauerhafter Staatenbund kann daher nicht aus einem theoretischen Abkommen zwischen einer zu großen Zahl von Staaten hervorgehen. Er würde, wie jedes föderalistische Gebilde, sich von einer einfachen Struktur hin zu einer komplexen Struktur entwickeln, also von einer nachbarschaftlichen Föderation zu vollständigeren Gebilden.

9. – So wie die Dinge zum heutigen Zeitpunkt stehen, scheint eine Föderation Westeuropas nicht nur ein annehmbares, sondern ein notwendiges Ziel zu sein. Sie würde tatsächlich ermöglichen, geographisch nahe beieinander liegende Länder aus dem gleichen Kulturkreis mit ähnlicher Kultur in einer Gruppe zusammenzufassen, die jedes für sich nicht dazu in der Lage wären, die wirtschaftliche Unabhängigkeit oder politische Sicherheit zu gewährleisten. Wir befinden uns in einem Fall, da die Notwendigkeit eines den nationalen Gruppierungen übergeordneten Zusammenschlusses deutlich wird, um so die Bedürfnisse der nationalen Gruppierungen erfüllen zu können. Der Begriff eines europäischen „Gemeingutes“ nimmt Gestalt an.

10. – Auf nationaler Ebene haben wir akzeptiert, dass die Hierarchie der sozialen Gruppen, unter Achtung der Freiheiten einer jeden von ihnen, zur Aufgabe eines Teils ihrer Vorrechte führt. So wird es der übergeordneten Gruppe ermöglicht, das gemeinsame Gut oder die gemeinsamen Güter aller Gruppen zu verteidigen. Genauso akzeptieren wir auch auf internationaler Ebene die Übertragung – zu bestimmten Zwecken – eines Bruchteils der Souveränität der Teilnehmerstaaten an die europäische Föderation.

Betrachtet man den aktuellen Zustand der französischen Wirtschaft, Finanzen und Armee, so zeigt sich, dass die Ablehnung einer solchen Hypothese für das Frankreich von 1948 die zwecklose Äußerung eines ausschließlich verbalen Nationalismus ist. Selbst wenn man diese zeitweiligen Umstände außer Acht lässt, ist es sinnvoll, daran zu erinnern, dass die französische Einheit keineswegs die regionalen Freiheiten und Aktivitäten zerstört hat. Sie hat sie sogar ganz im Gegenteil bestätigt und bis hin zur Entstehung einer übermäßigen Zentralisierung geführt. Der Föderalismus bietet sich an, gerade dagegen anzugehen.

11. – Die Übertragung der Souveränität wäre allerdings nur an eine qualifizierte Instanz denkbar, die sie effektiv und für das Allgemeinwohl einsetzen würde. Aus all dem bereits Genannten geht hervor, dass die sofortige Einrichtung eines internationalen „Über-Parlaments“ als Emanation aus nationalen Parlamenten, die einzig und allein auf der Grundlage von individueller Stimmabgabe gewählt werden, nur einen spektakulären, aber keineswegs konstruktiven Wert hätte. *A fortiori* würde sich die Wahl dieses Über-Parlaments in allgemeiner Direktwahl, neben der praktischen Durchführung auch an zahlreichen anderen Schwierigkeiten stoßen. Dadurch würden auf internationaler Ebene sofort die Unzulänglichkeiten fehlerhafter nationaler Strukturen verstärkt werden.

12. – In Anbetracht der zurzeit herrschenden Notlage wird es zwar nötig, ein internationales Gremium einzurichten, das das föderalistische Gebilde kontrolliert und überwacht und ihm Anregungen vermittelt, aber es ist auch wichtig, dass in diesem Kontrollorgan neben den Vertretern der nationalen politischen Organe auch Vertreter der unterschiedlichen, oben beschriebenen sozialen Gruppen repräsentiert sind. Auf

jeden Fall wird diese internationale Organisation erst an dem Tag wirklich repräsentativ, an dem die teilnehmenden Nationen – jede dort, wo es nötig ist – ihre internen Strukturen wenn schon nicht im Sinne des Föderalismus, so doch wenigstens nach dem Wortlaut seiner Prinzipien reformiert haben werden. *Eine europäische Föderation wird nicht gegen das föderalistische Prinzip aufgebaut werden, oder indem man es ignoriert.*

13. – Sowohl auf politischer, als auch auf wirtschaftlicher Ebene wird die europäische Föderation nicht auf Befehl *von oben* und gemäß dem Gesetz eines mehr oder weniger qualifizierten Beschlussorgans geschaffen werden. Sie wird vielmehr *von unten* entstehen werden, also durch die Aneinanderreihung von kleinen Zusammenschlüssen, die nach und nach erweitert werden. Diese Methode schließt übrigens keinesfalls den Abschluss multilateraler politischer oder wirtschaftlicher Abkommen aus, die aus der unmittelbaren Notwendigkeit entstehen. Die Festigkeit und Effizienz dieser Abkommen werden natürlich von der mehr oder weniger schnellen Bildung einer echten föderalen Bindung abhängen.

14. – Die effizienteste Werbung für die europäische Föderation muss also *von innen her* gesteuert werden, so dass dieser Föderation überall ein nationales föderalistisches „substratum“ gewährleistet würde. Gleichzeitig würde sie auch verhindern, dass sich ein ausschließlich formaler Parlamentarismus oder die Aktionen eines angeblich reformierten liberalisierten Kapitalismus auf europäische Ebene ausweiten.